Kampfschrift Heft 16
Broschürenreihe der Reichspropaganda-Leitung der NSDAP.

Wirtschaftliches Sofortprogramm der N.S.D.A.P.

Ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung der N.S.D.A.P.

II. Auflage
101. mit 600. Tausend

1 9 3 2

Verlag Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 2. NO

Die nachfolgende Aufstellung enthält das wirtschaftliche Programm der N.S.D.A.P. in der Form eines knappen Informaterials. Es gilt als verbindliche Richtschnur für die Redner der N.S.D.A.P. sowie für die Veröffentlichungen in der Presse.

Alle Äußerungen von Parteigenossen, die von diesem Material abweichen oder ihm widersprechen, sind lediglich als private Meinungsäußerungen zu betrachten.

Den Rednern der N.S.D.A.P. wird das Material, insbesondere für den Wahlkampf zur Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 anempfohlen.

Gregor Straßer,
Reichsorganisationsleiter der N.S.D.A.P.

Alle Rechte vorbehalten

Verantwortlich Dr. A. von Renteln, München

Druck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn, München.

Inhaltsverzeichnis

I. Das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm.

A. Der Sinn der Arbeitsbeschaffung.
1. Arbeitslosigkeit bringt Not.
Arbeit schafft Brot.
2. Nicht Kapital schafft Arbeit.
Arbeit schafft Kapital.
3. Arbeitslosenunterstützung belastet die Wirtschaft.
Arbeitsbeschaffung belebt die Wirtschaft.
4. Das schaffende Volk läßt sich nicht abspeisen mit den Bettelpfennigen der Arbeitslosenunterstützung.
Das schaffende Volk fordert sein Lebensrecht, das Recht auf Arbeit.

B. Die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung.
1. Wir haben die Produktionsmittel, um mehr zu arbeiten.
2. Wir haben die Absatzmöglichkeiten für vermehrte Arbeit.
3. Die vermehrten Absatzmöglichkeiten liegen nur auf dem Binnenmarkt.
4. Die Arbeitsbeschaffung erfordert also eine Umstellung der deutschen Wirtschaft auf dem Binnenmarkt.
5. Die Umstellung auf den Binnenmarkt erfordert eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.
6. Die Umstellung auf den Binnenmarkt muß die soziale Befreiung des deutschen Arbeiters bringen.
7. Die durchzuführenden Arbeiten.
8. Diese Aufgaben können nur vom Staat durchgeführt werden.

C. Landeskulturarbeiten.
1. Der Umfang der notwendigen Landeskulturarbeiten.
2. Ertrag und Kosten dieser Arbeiten.

D. Die Arbeitersiedlung.
1. Das Eigenheim als Wohnstätte.
2. Das Eigenheim als Wirtschaftsstätte.
3. Die Durchführung der Eigenheimsiedlung.

E. Die Finanzierung.
1. Die Finanzierung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung.
2. Allgemeine Produktionsfinanzierung.

II. Allgemeine Wirtschaftsmaßnahmen.

F. Handels- und währungspolitische Maßnahmen.
1. Außenhandelspolitik.
2. Devisenbewirtschaftung.
3. Kapitalfluchtgesetz.
4. Währungsreform.

G. Bank- und Kreditpolitik.

1. Bankenkontrolle.
2. Ausbau des Überweisungswesens (Giralverkehr).
3. Zinssenkung.

H. Verwaltungs- und Steuermaßnahmen.

1. Preiskontrolle.
2. Vermeidung überflüssiger Ausgaben.
3. Belastung der starken Schultern.
4. Unterbindung von Korruptionserscheinungen.

I. Landwirtschaft.

1. Die heutige Lage.
2. Falsche Wirtschaftspolitik.
3. Richtige Wirtschaftspolitik.
4. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?
5. Die Ostsiedlung.

K. Industrie.

1. Genehmigungspflicht für Neuerstellung von Produktionsanlagen.
2. Verstaatlichung und Staatsaufsicht.
3. Erleichterte Finanzierungsmöglichkeit.

L. Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel.

1. Die heutige Lage.
2. Warenhäuser und Konsumvereine.
3. Genossenschaften.
4 Regiebetriebe
5. Vergebungswesen.

M. Soziale Frage.

1. Recht auf Arbeit.
2. Die vorhandenen Arbeitsplätze müssen den deutschen Volksgenossen vorbehalten werden.
3. Sozialversicherung.
4. Altersversorgung.
5. Gewinnbeteiligung.
6. Arbeitsdienst.

I.

Das nationalsozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm

Literatur: Gregor Straßer: „Arbeit und Brot" (Reichstagsrede vom 10. Mai 1932, Franz-Eher-Verlag, 10 Pf.).

Ottokar Lorenz: „Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit" (Wirtschaftspolitischer Verlag, Berlin W 35, Am Karlsbad 19, Preis 50 Pfennig).

A. Der Sinn der Arbeitsbeschaffung

1. Arbeitslosigkeit bringt Not. Arbeit schafft Brot.

Wie der einzelne ins Elend kommt, wenn er nicht mehr arbeitet, so muß auch ein ganzes Volk im Elend versinken, wenn es seine Arbeitskraft brach liegen läßt und den Fortbestand eines politisch-wirtschaftlichen Systems duldet, das die arbeitsfähigen und arbeitswilligen Volksgenossen an der Erarbeitung ihres Lebensunterhalts verhindert.

2. Nicht Kapital schafft Arbeit. Arbeit schafft Kapital.

Die neunmalklugen kapitalistischen Wirtschaftspolitiker behaupten, wir könnten nicht arbeiten, weil uns die Mittel dazu fehlen. Das ist Unsinn. Je weniger wir arbeiten, desto geringer müssen unsere Mittel werden, desto größer wird der unproduktive Verzehr und die Vernichtung unseres Volksvermögens. Je mehr wir arbeiten, desto mehr Kapital können wir bilden und desto ertragreicher können wir unsere Arbeit gestalten.

3. Arbeitslosenunterstützung belastet die Wirtschaft. Arbeitsbeschaffung belebt die Wirtschaft.

Die Duldung der Arbeitslosigkeit bedeutet:

1. Es wird weniger gearbeitet, weniger produziert, also kann auch weniger verbraucht werden. **Hunger, Elend, Lohnabbau.**
2. Je weniger Menschen arbeiten, desto weniger zahlen Steuern. Wenn die gleiche Steuersumme aufkommen soll, muß also der einzelne stärker belastet werden. **Steuererhöhung.**
3. Die Verminderung der Kaufkraft und die Erhöhung der Lasten bringt weitere Betriebe zum Erliegen. **Vermehrung der Arbeitslosigkeit.**
4. Die Arbeitslosen müssen aus Mitteln der Allgemeinheit erhalten

werden, also Vermehrung der öffentlichen Lasten. **Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen trotz Steuererhöhung.**

5. In der Sozialversicherung gehen die Beiträge zurück, während die Not zu einer verstärkten Ausnützung der Kassen zwingt. **Zusammenbruch der Sozialversicherung trotz Erhöhung der Beiträge und Kürzung der Leistungen.**

6. Die Privatwirtschaft bricht unter den erhöhten Lasten zusammen. Der kleine Unternehmer wird bankerott. **Die selbständigen Existenzen werden zerstört.** Die kapitalistischen Riesenunternehmungen, Konzerne, Trusts usw. werden dagegen vom Staat saniert, weil ihr Zusammenbruch sofort Hunderttausende von Menschen mit in die Tiefe reißen würde. **Anderthalb Milliarden Steuergelder für die Bankensanierung, Hunderte von Millionen für die Stützung und Sanierung der großen industriellen und Schiffahrtskonzerne.**

Alle diese Opfer sind sinn- und zwecklos. Arbeitslosigkeit, Not und Defizitwirtschaft müssen immer schlimmer, die allgemeine Lage immer hoffnungsloser werden, solange nicht eine vollständige Umkehr eintritt. **Nur planmäßige Arbeitsbeschaffung kann die Umkehr bringen.**

Wenn die öffentlichen Mittel nicht mehr in ein Faß ohne Boden fließen, sondern zur Arbeitsbeschaffung verwendet werden, wenn unsere Arbeitskräfte nicht mehr brach liegen, sondern produktiv tätig werden, muß auf allen Gebieten die entgegengesetzte Entwicklung eintreten: **Erhöhung der Produktion, Erhöhung der Kaufkraft, Verminderung der Lasten, allgemeine Belebung der Wirtschaft.**

Während wir heute unser Volksvermögen aufzehren, wird dann auch **neue Kapitalbildung** möglich sein. Der Nationalsozialismus wird aber dafür sorgen, daß das neugebildete Volksvermögen ausschließlich denen gehört, die es durch ihre Arbeit und durch ihre Opfer geschaffen haben.

4. Das schaffende Volk läßt sich nicht abspeisen mit den Bettelpfennigen der Arbeitslosenunterstützung.

Das schaffende Volk fordert sein Lebensrecht, das Recht auf Arbeit.

Die Duldung der Arbeitslosigkeit bedeutet eine brutale Entrechtung des schaffenden Volksgenossen. Man raubt ihm die Freiheit, durch seiner eigenen Hände Arbeit, seinen Lebensunterhalt zu erwerben, man raubt ihm damit die Möglichkeit, sich aus eigener Kraft zu erhalten, und sucht ihn mit jämmerlichen öffentlichen Unterstützungen abzuspeisen, die zudem noch dauernd herabgesetzt werden. Das schaffende Volk will sein Lebensrecht nicht für diese Bettelpfennige verkaufen, es fordert das Recht auf Arbeit. Als Nationalsozialisten sind wir die Vorkämpfer der Rechte des schaffenden Volkes. Deshalb sind wir auch die ersten gewesen, die diesen Rechtsanspruch angemeldet und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt haben.

B. Die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung

1. Wir haben die Produktionsmittel, um mehr zu arbeiten.

Der dümmste Einwand gegen die Arbeitsbeschaffung ist die Behauptung, daß uns die Produktionsmittel fehlen. Wir haben das Land, um mehr Lebensmittel zu erzeugen (vgl. Abschnitt C). Wir haben die Bergwerke, um mehr Kohlen und Erze zu fördern. Wir haben Wasserkräfte, um Kraft zu erzeugen. Wir haben die Maschinen und Fabriken, um alle erdenklichen Gebrauchsgüter herzustellen. Aber heute wird das Land außer Bebauung gesetzt, die Bergwerke werden stillgelegt, die Fabriken schließen ihre Tore und die Maschinen verrosten. **Unsere Wirtschaft krankt nicht daran, daß die Produktionsmittel fehlen, sondern daran, daß die vorhandenen Produktionsmittel nicht ausgenutzt werden.**

2. Wir haben die Absatzmöglichkeiten für vermehrte Arbeit.

Absatzmöglichkeit für die deutsche Wirtschaft **muß** vorhanden sein, **solange der Lebensbedarf des letzten deutschen Volksgenossen nicht voll gedeckt ist.** Heute sind 6 Millionen Volksgenossen arbeitslos, sie hungern und leiden bitterste Not mit ihren Familien. Und wieviele von den übrigen Volksgenossen haben heute noch das, was sie zum Leben brauchen? Angesichts dieser allgemeinen Not wagt eine kapitalistische Presse von Überproduktion zu reden. Das Gegenteil ist richtig. **Die deutsche Produktion bleibt heute weit hinter dem Lebensbedarf unseres Volkes zurück. Sie kann also noch mächtig gesteigert werden.**

3. Die vermehrten Absatzmöglichkeiten liegen nur auf dem Binnenmarkt.

Wenn die deutsche Wirtschaft ihrer eigentlichen Aufgabe — den Lebensbedarf des deutschen Volkes zu decken — gerecht werden will, so hat sie noch ungeheure, heute ungenutzte Absatzmöglichkeiten. **Die bisherige Wirtschaftspolitik suchte vor allem die deutsche Ausfuhr zu steigern** und hat im Interesse unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt den deutschen **Binnenmarkt zerstört.** (Druck auf die Löhne, ungenügender Schutz der heimischen Produktion gegen die Auslandskonkurrenz.) Diese Wirtschaftspolitik ist völlig gescheitert. Trotz aller Anstrengungen ist die deutsche Ausfuhr von 1200 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt des Jahres 1927 auf 506,9 Millionen Mark im Durchschnitt der ersten 5 Monate des Jahres 1932 gesunken. So hat das herrschende

System den deutschen Binnenmarkt zerstört und zugleich den Absatz auf dem Weltmarkt verloren.

4. Die Arbeitsbeschaffung erfordert also eine Umstellung der deutschen Wirtschaft auf den Binnenmarkt.

Der Erfolg der bisherigen Wirtschaftspolitik hat bewiesen, daß alle Anstrengungen zur Steigerung unserer Ausfuhr nicht vermehrte Arbeit, sondern nur vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Wir müssen deshalb für unsere Wirtschaft dort vermehrten Absatz suchen, wo vermehrter Absatz zu finden ist: auf dem Binnenmarkt. Wir müssen also für einen verstärkten Schutz der heimischen Produktion sorgen (vgl. Abschn. F 1), weil sonst die Schleuderpreise der Auslandskonkurrenz den Absatz unserer eigenen Produkte selbst auf dem Binnenmarkt unmöglich machen.

5. Die Umstellung auf den Binnenmarkt erfordert eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Während der Produktionsapparat unserer Industrie weit größer ist, als zur Deckung des deutschen Bedarfs notwendig wäre, ist die Landwirtschaft heute nicht imstande, soviel Nahrungsmittel zu erzeugen, wie das deutsche Volk zum Leben braucht. Doch kann innerhalb weniger Jahre der deutsche Boden so verbessert und seine Bearbeitung so intensiviert werden, daß Deutschland von ausländischer Lebensmitteleinfuhr unabhängig wird (vgl. Abschn. C).

6. Die Umstellung auf den Binnenmarkt muß die soziale Befreiung des deutschen Arbeiters bringen.

Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf den Binnenmarkt kann nur dann zum Erfolge führen, wenn die Masse des Volkes genügend kaufkräftig wird, um die vermehrte Produktion abzunehmen. Das kann wiederum nur dann der Fall sein, wenn jeder Deutsche das Recht auf Arbeit hat und wenn jeder Arbeiter einen auskömmlichen Lohn bekommt, der seiner Leistung entspricht. Das aber sind die Grundlagen der sozialen Befreiung des Arbeiters. Zudem wird durch die Umstellung auf den Binnenmarkt der Einfluß des Kapitals automatisch zurückgedrängt, da die Bedeutung der großen kapitalistischen Konzerne geringer, die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produktion dagegen größer wird. Wie die Verhältnisse heute in Deutschland liegen, kann eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht durch einen Ausbau der Großbetriebe, sondern nur durch eine Stärkung und Vermehrung der selbständigen kleinen und mittleren Existenzen erreicht werden. So entsteht die Möglichkeit und Notwendigkeit, der besitzlosen Arbeiterschaft zum Erwerb eines Eigenheims zu verhelfen — ein weiterer Schritt zur Entproletarisierung des schaffenden Volkes.

7. Die durchzuführenden Arbeiten.

Um die notwendige Umstellung der deutschen Wirtschaft auf dem Binnenmarkt durchzuführen, müssen also in erster Linie auf folgenden Gebieten Arbeiten organisiert werden:

Förderung der Ertragsfähigkeit des deutschen Bodens durch **Landeskulturarbeiten** (vergl. Abschnitt C).

Errichtung von Eigenheimsiedlungen für die Arbeiter zur Entproletarisierung des schaffenden Volkes, Stärkung der Kaufkraft des Arbeiters und Ermöglichung der Arbeitszeitverkürzung in der Industrie (vergl. Abschnitt D).

Der **Bau von Verkehrswegen, Kanälen usw.** zur Unterstützung des binnenwirtschaftlichen Austausches, der Ostsiedlung und der Auflockerung der Großstädte.

Allgemeine Finanzierung der Produktion zur Belebung der freien Wirtschaft.

8. Diese Aufgaben können nur vom Staat durchgeführt werden.

Das durch die Arbeitslosigkeit herbeigeführte Übermaß der öffentlichen Belastung verhindert heute jeden Ertrag neuer Arbeiten und neuer Kapitalanlagen, also auch jede zusätzliche Betätigung der Privatwirtschaft. **Die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft wird eben erst dadurch wieder hergestellt, daß ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm in seiner Gesamtheit durchgeführt und damit gleichzeitig die Wirtschaft in ihrem Aufbau neu gestaltet wird.** Ein so umfassendes Unternehmen kann aber nur vom Staat in Angriff genommen werden.

C. Landeskulturarbeiten

1. Der Umfang der notwendigen Landeskulturarbeiten*).

a) Entwässerungs-(drainungs)bedürftige Flächen: 8,5 Millionen Hektar. Erzielbarer Mehrertrag 80 RM. je Hektar, das ist insgesamt 680 Millionen RM.

b) Durch Mergelung verbesserungsbedürftige Wiesen und Weiden: 2 Millionen Hektar.
Erzielbarer Mehrertrag RM. 50.— je Hektar, d. i. insgesamt 100 Millionen RM.

c) Kultivierbare Moorflächen: 1 900 000 Hektar.
Erzielbarer Mehrertrag 300 RM. je Hektar, d. i. insges. 570 Mill. RM.

*) Gemäß den Veröffentlichungen des Verbandes der deutschen Landeskulturgenossenschaften.

d) Kultivierbare Ödflächen: 600 000 Hektar.
Erzielbarer Mehrertrag 200 RM. je Hektar, d. i. insges. 120 Mill. RM.

e) Durch Flurbereinigung (Umlegung) verbesserungsbedürftige Flächen 5 Mill. Hektar.
Erzielbarer Mehrertrag 25—50% des bisherigen, d. i. insgesamt mindestens 500 Mill. RM.

f) Durch Flußregulierungen, Talsperren und Eindeichungen zu sichernde und zu gewinnende Flächen: im Umfang bislang noch nicht genau erfaßt.

2. Ertrag und Kosten dieser Arbeiten.

Der erzielbare Mehrertrag der unter a—e aufgeführten Flächen beträgt somit insgesamt rund 2 Milliarden Reichsmark.

Der hierfür aufzuwendende Kostenaufwand ist vom Verbande Deutscher Landeskulturgenossenschaften mit rund 8,5 Milliarden ausschließlich der Flurbereinigung (Umlegung) veranschlagt. Rechnet man für diese wie für die durch Flußregulierungen, Talsperren und Eindeichungen entstehenden Kosten noch 1,5 Milliarden Reichsmark, so ergibt sich, daß mit einem Gesamtkostenaufwande von 10 Milliarden RM. in runden Zahlen eine Ertragssteigerung von mindestens 2 Milliarden RM. erzielt werden kann.

D. Die Arbeitersiedlung

1. Das Eigenheim als Wohnstätte.

Zu den dringendsten Bedürfnissen des Menschen gehört neben Nahrung und Kleidung die Wohnung. Die Mehrzahl unserer großstädtischen Bevölkerung lebt heute nicht in menschenwürdigen Wohnungen, sondern in fürchterlicher Enge, ohne Licht und Luft. Daß die Menschen in diesen Wohnungen zugrunde gehen, sieht man deutlich daraus, daß der allgemeine Gesundheitszustand und der Bevölkerungsnachwuchs in den Großstädten weit hinter dem Durchschnitt zurückbleiben Die Zahl der Sterbefälle übertrifft dort die Zahl der Geburten. Die Großstädte würden aussterben, wenn nicht immer wieder Menschen zuwanderten. Eine Auflockerung der Großstädte ist auch aus wehrpolitischen Gründen geboten (Fliegergefahr, Gasschutz).

Einwand. Wir haben heute schon zuviel Wohnungen.

Widerlegung. Nur durch die allgemeine Wirtschaftsnot wird dieser falsche Anschein erweckt. Tatsächlich haben wir viel zu wenig entsprechende Wohnungen. Das wird sofort erkennbar werden, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht und das Volk sich wieder die Bezahlung besserer Wohnungen leisten kann. Geschädigt werden durch die Eigenheimsied-

lungen also höchstens die Hausbesitzer, die aus der Vermietung der schlimmsten und unwürdigsten Wohnlöcher noch ihren Profit gezogen haben.

2. Das Eigenheim als Wirtschaftsstätte.

Zu jedem Eigenheim soll ein Stück Gartenland in der Größe von etwa 1 Morgen (¼ Hektar) gehören. Dort kann der Arbeiter einen wesentlichen Teil seines Nahrungsbedarfs auf eigenem Grund und Boden selbst erzeugen. Er erhält dadurch eine größere Sicherheit seiner Existenz und wird unabhängiger gegenüber seinem Arbeitgeber. Wenn der Arbeiter zum Eigentümer wird und ihm Arbeit und Arbeitsertrag auf eigener Scholle gesichert ist, so läßt sich auch die notwendige Arbeitszeitverkürzung in der Industrie durchführen, die unter den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen nur die völlige Verelendung der Arbeiterschaft zur Folge haben kann.

1. **Einwand:** Durch die Eigenproduktion der Eigenheimsiedler wird die Landwirtschaft geschädigt.

Widerlegung: Die Eigenheimsiedler können auf ihrem Stück Land weder Getreide bauen, noch Viehzucht treiben. Also müssen sie diese Produkte nach wie vor der Landwirtschaft abnehmen. Ihre Eigenproduktion wird niemanden in seinem Absatz schädigen; denn sie ersetzt ja keine bestehende fremde Produktion, sondern dient dazu, **daß die Arbeiter mehr als bisher verbrauchen können.** Sie produzieren das, was ihnen heute zum Leben fehlt, weil sie es nicht kaufen können. Die Absatzmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft werden sich durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und unsere handelspolitischen Maßnahmen bedeutend verbessern.

2. **Einwand:** Durch die Eigenproduktion der Eigenheimsiedler wird die Gärtnerei geschädigt.

Widerlegung: Die Eigenheimsiedler werden mit ihren Produkten nicht auf dem Markt erscheinen, sondern sie werden sie in der Regel selbst verzehren. Der Absatz der Gärtnereibetriebe an die Arbeiterschaft ist minimal. Soweit er doch noch geschädigt werden sollte, wird diese Schädigung zehnmal wettgemacht durch den vermehrten Absatz von jungen Pflanzen, Samen usw. an die Eigenheimsiedler.

3. **Einwand:** Die Regierung Brüning hat mit der vorstädtischen Randsiedlung ein vollständiges Fiasko erlebt.

Widerlegung. Das ist allerdings der Fall, **aber wir wollen etwas ganz anderes als Brüning.** Die neuen Eigenheime sollen nicht Hundehütten sein, wie die das System Brüning geplant hat, sondern stabile, brauchbare Wohnhäuser, an denen der Besitzer seine Freude haben kann.

Außerdem war der von Brüning angesetzte Randsiedler mit Sicherheit von dem Schicksal bedroht, daß ihm nach einiger Zeit

seine Arbeitslosenunterstützung gestrichen wurde, ohne daß er von seinem winzigen Stück Land hätte leben können. Die nationalsozialistische Eigenheimsiedlung wird aber durch die allgemeine Belebung der Wirtschaft dafür sorgen, daß der Eigenheimsiedler **bestimmt Arbeit bekommt** (in der Regel Kurzarbeit), so daß der Ertrag seines Gartens für ihn nur eine zusätzliche Verbrauchsmöglichkeit und nicht etwa die einzige Grundlage seiner Existenz darstellt.

3. Die Durchführung der Eigenheimsiedlung.

Jeder Siedlungswillige und siedlungsfähige Arbeiter bekommt vom Staat einen Zuschuß von 40%, wenn er ein Eigenheim erwerben will. Steht er in Arbeit, so kann er den Rest der Summe in einer staatlichen Bausparkasse sparen, die besonders günstige und rasche Zuteilung gewährleistet. Ist er arbeitslos, so bekommt er Gelegenheit, bei dem Aufbau der Eigenheimsiedlungen selbst zum Tariflohn mitarbeiten (je großzügiger der Aufbau der Eigenheimsiedlungen in Angriff genommen wird, um so größer kann der Anteil von ungelernten Arbeitern an diesem Aufbau sein). Er spart dann einen bestimmten Prozentsatz vom Lohn für den Erwerb eines Eigenheims. Die Zuteilungsbedingungen für diese selbstmitarbeitenden Siedler werden mindestens ebenso günstig sein wie für die erste Gruppe.

Es ist mit der Erstellung von 400 000 Eigenheimsiedlungen im Jahr zu rechnen. Dabei finden 1 Million Menschen Arbeit und Brot.

E. Die Finanzierung

1. Die Finanzierung der öffentlichen Arbeitsbeschaffung.

In dem Maße, wie zusätzliche Arbeiten geleistet werden, vermindern sich die Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung und der Wohlfahrtsunterstützung, vermehren sich das Steueraufkommen und die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung. Diese Ersparnisse und Mehreingänge betragen insgesamt mindestens 50% der Gesamtkosten. Da von allen genannten Arbeiten im Durchschnitt

75% der Gesamtkosten auf Löhne,

25% auf Betriebs- und Materialkosten entfallen,

(die Materialkosten sind, soweit irgend möglich, in Lohnkosten aufgelöst), ergeben sich folgende Ersparnisse und Mehreingänge durch die Arbeitsbeschaffung:

Ersparnisse der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und der Gemeinden an Arbeitslosenunterstützung 33% der Lohnsumme oder
25% der Gesamtkosten

Mehreingänge der Sozialversicherung	
16% der Lohnsumme oder	12% der Gesamtkosten
Mehreingänge an Steuern	15% der Gesamtkosten.

Diese Gelder stehen also zur Durchführung der Arbeitsbeschaffung zur Verfügung. Der Staat braucht diese Gelder nach Durchführung der Arbeiten nicht zurückzufordern, denn sie sind ebenso verloren, wenn die Arbeitsbeschaffung nicht durchgeführt wird. Diejenigen, die Meliorationen durchführen oder ein Eigenheim erwerben wollen, können also vom Staat unbedenklich einen verlorenen Zuschuß von mindestens 40% der Kosten bekommen. Sie werden dadurch angereizt, die restlichen Kosten aus eigenen Mitteln aufzubringen und damit ihrerseits zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung beizutragen. Sie können natürlich nicht sofort ihren vollen Beitrag aufbringen, es ist aber damit zu rechnen, daß sie 20—30% der Gesamtkosten beisteuern können. Da 50% der Gesamtkosten durch die Ersparnisse und Mehreinnahmen der öffentlichen Hand aufkommen, stehen 70—80% der Gesamtkosten in kürzester Frist zur Verfügung. Die fehlenden 20—30% können durch produktive Kreditschöpfung finanziert werden. Eine so geringe Ausweitung des Kreditvolumens ist ohne jede Gefahr für den Bestand der Währung.

2. Allgemeine Produktionsfinanzierung.

Durch die Verwirklichung des nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes wird die Lebenshaltung und die Kaufkraft des Volkes steigen. Es wird also mehr gekauft werden und die Wirtschaft wird mehr absetzen und mehr Aufträge bekommen. Da sich diese Folgen der Arbeitsbeschaffung jedoch erst nach und nach einstellen werden, muß sofort eine Zwischenmaßnahme zur Anregung der Produktion ergriffen werden.

Diese Maßnahme besteht in der Erteilung von Krediten auf gut lagerbare, verbrauchsfertige Standard-Erzeugnisse. Vor allem auf Getreide, Kunstdünger, Kohlenhalden, Standard-Erzeugnisse der Metallindustrie usw. müssen Vorschüsse erteilt werden unter gleichzeitiger Verpflichtung der Betriebe diese Erzeugnisse zu einem **bestimmten Preise** abzusetzen und **eine größere Anzahl von Arbeitern neu einzustellen.**

Dadurch wird die Wirtschaft sofort zu einer größeren Produktion angeregt und viele Arbeiter finden sofort Arbeit und Brot.

Eine ungünstige Rückwirkung auf die Währung ist ausgeschlossen, denn:

1. dürfen die Erzeugnisse nicht zu einem höheren als zum festgesetzten Preis abgesetzt werden,
2. werden die Kredite beim Verkauf der Erzeugnisse wieder abgedeckt.

II.

Allgemeine Wirtschaftsmaßnahmen

F. Handels- und währungspolitische Maßnahmen

1. Außenhandelspolitik.

Die derzeitige Lage.

Seit Mitte des vorigen Jahres geht das Ausland dazu über, die Ausfuhr aus Deutschland systematisch abzudrosseln. Es hat dies den Erfolg gehabt, daß die **deutsche Ausfuhr** in den ersten vier Monaten des Jahres 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres **um 35%**, also um mehr als ein Drittel abgenommen hat, während die **deutsche Einfuhr** in der gleichen Zeit **um** 8% zurückging. Dieser Angriff des Auslandes auf die deutsche Wirtschaft hat dazu beigetragen, daß sich unsere Lage weiterhin wesentlich verschlechtert hat. Es ist endlich an der Zeit, daß wir die nötigen Abwehrmaßnahmen ergreifen, um unsere Wirtschaft zu retten.

Richtlinien für unsere Handelspolitik.

Grundsätzlich muß unsere Politik der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen (Außenhandelspolitik) sich an folgende **Richtlinien** halten:

1. Das deutsche Volk wurde durch die Tributpolitik der Nachkriegsregierungen*) zu einem der ärmsten Kulturvölker gemacht. Es würde darum eine unverantwortliche Verschwendung darstellen,

---

*) Deutschland leistete nach **amerikanischer Schätzung**, des amtlichen Institut of Economics in Washington, bisher **38 Milliarden RM. an Tributen** an die Siegerstaaten. Nach **deutscher Schätzung** jedoch, wenn wir die Ruhrbesetzung, Industrieabrüstung usw einschließen, **67½ Milliarden RM.** In dieser ungeheuren Summe ist aber der Wert der **abgetretenen Gebiete** und der **Kolonien** noch nicht eingerechnet. Schacht schätzt den Wert allein der Kolonien auf **80—100 Milliarden RM.** Auch sind in unserer Berechnung noch die durch **die willkürliche Zerreißung** Deutschlands erwachsenen unschätzbaren **Schäden und Verluste** nicht berücksichtigt. Ferner nahm Deutschland **zur Bezahlung dieser Tribute** eine **private Auslandsschuld von 10,3 Milliarden RM.** auf, die es außer den Tributen jetzt noch abtragen und verzinsen muß.

wenn es in Zukunft aus einem fremden Lande noch einen Einfuhrüberschuß aufnehmen würde. Das deutsche Volk ist **nicht** dazu da, den **Ausfuhrüberschuß anderer Völker** aufzunehmen.

2. Erstrebenswert ist, daß alles, was **wir** im Inland selbst erzeugen **können**, auch **im Inland herstellen.** Zu diesen Maßnahmen ist das deutsche Volk einfach gezwungen.

3. Der Nationalsozialismus fordert, daß die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters und des deutschen Bauern **nicht** durch russische **Sowjetsklaven**, chinesische **Kulis** und **Neger** weiterhin gedrückt wird. Der Nationalsozialismus setzt sich mit aller Entschlossenheit für eine Hebung des Kulturstandes des deutschen Arbeiters und des deutschen Bauern ein. Darum ist **jede Einfuhrbeschränkung durchzuführen**, wenn durch sie deutsche Arbeiter oder deutsche Bauern in Brot und Arbeit gesetzt werden können. Der Nationalsozialismus wendet sich **gegen die liberale freie Weltwirtschaft und die marxistische Weltwirtschaft.** Er fordert vielmehr Schutz jedes Volksgenossen gegenüber der ausländischen Konkurrenz.

4. Deutschland zählte vor dem Kriege zu den Weltmächten. Heute ist es eine Macht zweiter Klasse. Es ist völlig abwegig, wenn es heute seine **Rohstoffbasis** noch ganz überwiegend in Übersee hat, in Gebieten, mit denen die Verbindung bei irgendwelchen Verwickelungen sofort abgeschnitten wird; denn Deutschland ist nicht in der Lage, die Verbindung zu diesen Rohstoffgebieten aufrechtzu erhalten und zu schützen. Darum gehört es zu den Richtlinien der nationalsozialistischen Handelspolitik, den Bedarf des deutschen Volkes **weitestgehend** durch **Eigenerzeugung** zu decken, bei dem **zusätzlich erforderlichen Rohstoffbezug** aber **befreundete europäische Staaten** zu bevorzugen, **insbesondere insoweit,** als sie bereit sind, für die Abnahme ihrer Rohstoffe durch Deutschland **industrielle Fertigwaren** aus Deutschland zu **beziehen.**

Die Durchführung dieser Maßnahmen wird Aufgabe des Amtes für zwischenstaatliche Wirtschaftsbeziehungen (Außenhandelsamt und Devisenzentrale) sein.

1. **Einwand.** Der Rückgang der deutschen Ausfuhr ist nur auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen.

   Widerlegung. Wenn dies der Fall wäre, müßte auch die Ausfuhr der anderen Länder gleichfalls wie die Deutschlands um 35% in den ersten 4 Monaten des Jahres 1932 zurückgegangen sein. Die englische Ausfuhr ging jedoch für diese Zeit nur um 8% zurück.

2. **Einwand.** Die Drosselung der überflüssigen Einfuhr wird die Ausfuhrmöglichkeiten Deutschlands verringern und somit eine vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

   Widerlegung. Die deutsche Ausfuhr wird sich durch die deutsche Einfuhrbeschränkung nicht verringern, denn wir werden überwiegend

die Einfuhr aus den Ländern beschränken, von denen wir bisher mehr eingeführt haben, als wir zu ihnen ausführten, von denen wir also einen Einfuhrüberschuß hatten. Nach den Berechnungen des Amtl. Statistischen Reichsamtes nahm Deutschland von außereuropäischen Ländern einen Ausfuhrüberschuß von rund 270 Millionen RM. im 1. Vierteljahr 1932 auf.

3. **Einwand.** Ein verstärkter Schutz der heimischen Produktion würde eine allgemeine Teuerung zur Folge haben.

Widerlegung. Das ist ausgeschlossen, denn in dem Maße, wie die deutsche Produktion sich vermehrt, gehen die Wohlfahrtslasten zurück. Die öffentlichen Belastungen werden also geringer und verteilen sich außerdem auf einen größeren Kreis von produktiv Tätigen. Es wird also keine Neubelastung, sondern im Gegenteil eine Entlastung der Wirtschaft eintreten.

2. Devisenbewirtschaftung.

Die bürgerlich-liberalen und die marxistischen Regierungen der Nachkriegszeit haben dem deutschen Volk Auslandsschulden, die zur Zeit etwa noch **22 Milliarden Reichsmark** betragen, aufgebürdet. Diese privaten Auslandsschulden wurden zu Lasten des deutschen Volkes aufgenommen, um zu einem Teil (10,3 Milliarden) die unerhörten **Tributleistungen** zu bestreiten, zum anderen Teil (6,3 Milliarden), um den für das deutsche Volk nicht lebensnotwendigen **Einfuhrüberschuß** an Kolonialwaren und Delikatessen und an Nahrungsmitteln, die zum Teil hätten im Inland hergestellt werden können, zu bezahlen.

Das ist das Erbe, das uns die bürgerlich-liberalen und die marxistischen Parteien hinterlassen: 22 Milliarden Auslandsschulden.

Diese Schulden müssen

1. verzinst werden. Im Jahre 1931 mußte das deutsche Volk **1,6 Milliarden Reichsmark** an das Ausland **Zinsen** zahlen;

2. werden nicht unerhebliche Beträge vom Ausland dauernd abgezogen. Diese Abflüsse zwingen die deutsche Volkswirtschaft, **zu Schleuder- und Hungerpreisen** zu verkaufen.

Es ist völlig klar, daß die genannten handelspolitischen Maßnahmen nicht ausreichen, um unsere jährlich fällig werdenden Schulden zu bezahlen. Wir werden vielmehr mit unseren Auslandsgläubigern eine **Zinsherabsetzung,** und zwar etwa auf die Höhe des Zinses, den der Gläubiger in seinem eigenen Lande erhalten würde, vereinbaren.

Für die kurzfristigen Auslandskredite, die zur Zeit noch einen Betrag von etwa 7 Milliarden ausmachen, werden wir mit unseren Auslandsgläubigern über eine **mehrjährige Stundung** übereinkommen, um nicht dauernd der Gefahr ausgesetzt zu sein, aus irgendwelchen Anlässen der nötigen Devisen für die zusätzliche Rohstoff- und Nahrungsmitteleinfuhr und die Zinszahlungen beraubt zu werden.

Außerdem ist aber eine Devisenbewirtschaftung nötig. Wenn wir Devisen im Überfluß hätten, dann brauchten wir keine Devisenbewirtschaftung. Wir haben aber heute einen solchen **Mangel an Devisen,** daß bereits die Regierung Brüning gegen ihren Willen Ansätze zu einer Devisenbewirtschaftung schaffen mußte, obwohl vorher alle Systemparteien die Devisenbewirtschaftung als nationalsozialistischen Irrsinn hingestellt hatten.

Wir haben heute einen solchen Mangel an Devisen, daß die **Notendeckung** der Reichsmark in Gold und Devisen am 30. April 1932 bereits **keine 10% mehr** betrug. (Notenumlauf: 4 128 Millionen Reichsmark. Bestand an Gold und deckungsfähigen Devisen keine 400 Millionen mehr; die im Reichsbankausweis enthaltenen 140 Millionen Dollars = 600 Millionen Reichsmark, werden auch vom Statistischen Reichsamt nicht mehr als deckungsfähig angesehen, da es nur kurzfristige Kredite teils direkt vom Ausland, teils über die Golddiskontbank sind.)

Entblößt jedes verwertbaren Devisenbestandes und belastet mit einer Devisenschuld von 22 Milliarden Reichsmark, so ist die gegenwärtige Lage.

Vom Nationalsozialismus ist dafür Sorge zu tragen — das ist seine Pflicht gegenüber dem deutschen Volk und insbesondere gegenüber der jungen Generation —, daß die **wenigen Devisen, die** jährlich noch anfallen, **ausschließlich** dazu benutzt werden, um die für die Industrie erforderlichen **Rohstoffe** und die vorläufig noch zur Ernährung des deutschen Volkes unbedingt erforderlichen **zusätzlichen Nahrungsmittel** einzuführen, die nicht im Inland zu beschaffen sind.

Im übrigen müssen **weitere Abzüge** von ausländischem Kapital aus der deutschen Volkswirtschaft solange **verhindert werden,** solange im deutschen Volkswirtschaftskörper eine so katastrophale Blutleere herrscht.

Nur für Zwecke des Wohles des gesamten deutschen Volkes dürfen in Zukunft noch Devisen verwendet werden. Insbesondere dürfen auch in Zukunft keine Pensionen mehr in das Ausland gezahlt werden. Es kann nicht geduldet werden, daß Volksgenossen, die ihren Unterhalt vom Staate beziehen, diese Mittel in einer die deutsche Volkswirtschaft schädigenden Form verwenden.

Im nationalsozialistischen Staate wird der Geld- und Kapitalverkehr mit dem Ausland nur durch Vermittlung der staatlichen **Deutschen Auslandsbank (Devisenzentrale)** möglich sein. Dieser deutschen Auslandsbank werden alle Devisen und Sortenabteilungen des deutschen Bankwesens angegliedert werden. Der Nationalsozialismus wird dafür sorgen, daß der **Aderlaß** der deutschen Volkswirtschaft **aufhört.** Diese Maßnahme wird mit dazu beitragen, das bestehende Hungersystem zu beendigen.

Stellen Sie sich ein **Großwasserkraftwerk** vor. Genau so wie der **Schleusenwärter** dort dafür Sorge zu tragen hat, daß das Wasser in die richtigen Stollen strömt, genau so wird der Leiter der Devisenzentrale dafür Sorge zu tragen haben, daß die hereinschwimmenden Devisen durch die volkswirtschaftlich richtigen Kanäle wieder abfließen,

und daß sie nur für volkswirtschaftlich unbedingt nötige Dinge eingesetzt werden und solange an das Ausland nicht abfließen, bis das deutsche Volk die ungeheure Notzeit überstanden hat.

Die Folge dieser Maßnahme wird sein, daß Hunderte von Millionen zunächst im Lande verbleiben, und daß der deutschen Volkswirtschaft **zusätzliche Mittel** dadurch **erhalten** bleiben. Diese Mittel wird der Nationalsozialismus freimachen für die **Arbeitsbeschaffung.**

1. **Einwand:** Die Devisenbewirtschaftung ist falsch, weil man nicht verhindern kann, daß die Devisenbestimmungen von dem einen oder anderen umgangen werden.

Widerlegung: Die Devisenbewirtschaftung ist zur Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlichen Ordnung unbedingt erforderlich. Wer die Devisenbewirtschaftung ablehnt, der könnte mit gleichem Rechte die Aufhebung des Strafgesetzbuches fordern; denn das Strafgesetzbuch wird dauernd übertreten. Mit dem gleichen Rechte könnte man veranlassen, daß die Reichsbahn den **Zugsicherungsdienst** einstellt und die Signalmasten umlegt, weil man durch diese Maßnahme Eisenbahnunglücksfälle nicht absolut verhindern kann.

2. **Einwand:** Wir hätten schon eine Devisenbewirtschaftung in dem vorgeschlagenen Sinn.

Widerlegung: Bisher besteht **nur eine Anmeldepflicht** gegenüber der Reichsbank für Devisen. Während wir fordern, daß keine Devisenverbindlichkeiten ohne die Genehmigung der Deutschen Auslandsbank (Devisenzentrale) eingegangen werden können, und daß **alle Zahlungen von und an das Ausland** nur über die Devisenzentrale gehen dürfen. Die bisherige Gesetzgebung ist durchaus **lückenhaft,** sie setzt Beträge bis zu RM. 200.— frei, so daß man durch Zerlegung großer Beträge in 200-RM.-Beträge die Bestimmung umgehen kann. Sie läßt außerdem **Wertpapiere,** die **vor dem 15. Juli 1931** gekauft wurden, **frei.**

Wir dagegen fordern, daß jeder Abfluß von Devisen durch Devisenbestimmungen verhindert werden kann, daß ein lückenloses Gesetz geschaffen wird, das der deutschen Auslandsbank ermöglicht, sämtliche Devisen zu erfassen.

Ganz entscheidend ist, daß wir eine volkswirtschaftliche Leitung des Devisenstromes in die einzelnen Kanäle entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Wichtigkeit durchführen werden, während jetzt eine schematische Beschränkung und Zuteilung für die Devisen besteht.

Die Devisenbewirtschaftung gibt außerdem dem Staate die Möglichkeit, den Außenhandel zu regeln.

3. Kapitalfluchtgesetz.

Der Nationalsozialismus fordert, daß alles aufgeboten wird, um das ins Ausland geflüchtete Kapital der deutschen Volkswirtschaft wiederum nutzbar zu machen.

Die Regierung **Brüning** hat sich veranlaßt gesehen, auf dem Notverordnungswege **zur Schmackhaftmachung** der dem deutschen Volke in den Notverordnungen aufgebürdeten **Lasten** einige Bestimmungen gegen die Kapitalflucht zu erlassen.

Diese Bestimmungen **reichen in keiner Weise aus.**

1. Notwendig ist vielmehr die Einführung einer allgemeinen **lückenlosen Anmeldepflicht,** die **keine Mindestgrenzen** kennt und auch **keine Vermögen,** die vor einem bestimmten Zeitpunkt geflüchtet sind, **ausnimmt.**

2. Strengste Überwachung aller ausländischen Unternehmungen in Deutschland und aller deutschen Unternehmungen im Ausland auf Kapitalverschiebung hin.

3. Erklärung der Kapitalverschiebung als **volkswirtschaftliches Verbrechen** und Einführung der **Todesstrafe.**

4. Währungsreform.

Der Nationalsozialismus fordert seit Jahren das **Abgehen** Deutschlands **von der Goldwährung:**

1. weil der **Gold- und Devisenvorrat** der Reichsbank dauernd abnimmt. Er ist bereits derartig zusammengeschmolzen, **daß wir** am 30. April 1932 schon keine **10%ige Notendeckung mehr** hatten (die der Reichsbank kurzfristig zur Verfügung gestellten Auslandskredite sind auch nach Ansicht des Leiters des Statistischen Landesamtes nicht der Notendeckung hinzuzurechnen);

2. um die deutsche Industrie gegenüber den anderen Staaten auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen.

Welche Wirkung das Abgehen vom Goldstandard auf eine Volkswirtschaft ausüben kann, zeigen am klarsten **die Folgen** des Abgehens vom Goldstandard **in England.**

Darüber lesen wir in Heft 4, Teil A, der **halbamtlichen „Vierteljahreshefte für Konjunkturforschung":**

„Während der Schrumpfungsprozeß in den übrigen Ländern anhielt, kam in Großbritannien der **Rückgang der Geschäftstätigkeit** — nachdem bereits vorher eine Verlangsamung eingetreten war — im vierten Vierteljahr **zum Stillstand.** Die **Gesamtproduktion,** die Rohstoffeinfuhr und die **Ausfuhr belebten sich.** Diese Entwicklung ist als **Folge der Lösung des Pfundes vom Goldstandard** und der damit verbundenen Pfundwertung zu betrachten."

Das Abgehen vom Goldstandard hat also für die englische Volkswirtschaft die denkbar **günstigsten Folgen** gezeitigt. Der Nationalsozialismus fordert daher **im Rahmen des Sofortprogramms** die **Einführung einer Ausgleichsgebühr (Devisensteuer),** die der deutschen Volkswirtschaft die Konkurrenzfähigkeit gegenüber denjenigen Ländern, die den Goldstandard aufgehoben haben oder sonst den zwischenstaatlichen Wert ihres

Geldes in der Nachkriegszeit gegenüber der Vorkriegszeit herabgesetzt haben, wiedergeben soll. Diese Ausgleichsgebühr **hat derjenige zu zahlen, der Waren einführt,** und **bekommt derjenige vergütet, der Waren ausführt.**

Einwand: Das Abgehen vom Goldstandard bedeutet Inflation, so behauptet die bürgerlich-marxistische Presse.

Widerlegung: England hob am 21. September 1931 den Goldstandard auf. Der zwischenstaatliche Wert des Pfundes (Valuta) fiel auf 70%; **auf die innerstaatliche Kaufkraft** des Pfundes blieb jedoch das Abgehen vom Goldstandard **ohne Einfluß.** Wir lesen hierüber in Heft 4, Teil A, Seite 16, des **halbamtlichen „Vierteljahresheftes für Konjunkturforschung“,** Jahrg. 1931/32:

„Die Preissteigerung hat sich nur zu einem kleinen Teil erfüllt. Die Großhandelspreise sind bis zum November nur etwa um 8 v. H. gestiegen und haben sich dann unter dem Einfluß der Entwicklung an den Weltmärkten **erneut abgeschwächt. Nach vorübergehender Unterbrechung** sind somit die Preise von einem erhöhten Niveau aus **wieder gesunken.** Die Erhöhung des Großhandelspreis-Standes ist zum überwiegenden Teil durch die Anpassung der auslandsbestimmten Preise an die Pfundwertung verursacht. **Die inlandsbestimmten Preise** sind entweder **gar nicht oder nur geringfügig gestiegen, teilweise sogar gesunken.“**

G. Bank- und Kreditpolitik

1. Bankenkontrolle.

Die **Mängel** des heutigen Privatbankwesens liegen klar zutage. Die Direktoren erhalten für ihre angeblich so ungeheuer verantwortliche Tätigkeit Hunderttausende an **Gehältern;** die Aufsichtsräte, die größtenteils nur einmal im Jahre zur Generalversammlung erscheinen, **jeder** nicht selten Zehntausende **Tantiemen.** Die Verantwortung der Direktoren und der Aufsichtsratsmitglieder besteht darin, daß der Staat für ihre **ungeheuren Fehlspekulationen und Fehlinvestitionen** 1½ Milliarden Reichsmark zur Stützung aufwenden mußte. Die Direktoren **tun, was sie wollen,** und hinterher **bezahlt der Staat** die Rechnung.

Wir fordern daher, daß das Bankwesen, das **Geld- und Kapitalverkehrswesen** genau so verstaatlicht wird, wie vor einem halben Jahrhundert das **Eisenbahn- und Postwesen,** das Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehrswesen unter Führung eines Bismarck verstaatlicht wurde.

Durch die Stützungsmaßnahmen des Reiches seit dem Juli 1931, bei

denen das Reich mit 1½ Milliarden Steuergeldern die Fehlspekulationen der Großbanken deckte, befindet sich **mehr als die Hälfte des deutschen Kreditbankwesens in der Hand des Reiches.**

Als Vorbereitungsmaßnahmen zur Verstaatlichung des Bankwesens fordern wir ein **Aufsichts- und Eingriffsrecht** des Staates und eine **Berichterstattungspflicht** der Banken an den Staat.

Das **Aufsichtsrecht** muß dem Staat die Möglichkeit geben, sich über jedes Vorkommnis auf dem Gebiet des Bankwesens von den Beteiligten volle Klarheit verschaffen zu können, das **Eingriffsrecht** ermöglicht, die im Interesse der Volkswirtschaft erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des Bankwesens durchzuführen. Die **Berichterstattungspflicht** hat in einer monatlichen Offenlegung aller Positionen und wichtigen Veränderungen gegenüber dem Aufsichtsamt zu bestehen.

Erst durch diese Maßnahmen wird die **Möglichkeit** zur **Verhinderung von Fehlinvestitionen** geschaffen. Erst diese Maßnahmen ermöglichen eine **Zinssenkung** in dem erforderlichen Maße und die Brechung der Zinsknechtschaft. Erst diese Maßnahmen schaffen die Voraussetzungen zur **Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes.**

Weiterhin ist dem Leiter des Bankamtes die Befugnis zu erteilen, die ihm erforderlich erscheinenden organisatorischen Änderungen zur Verstaatlichung des Bankwesens vorzubereiten und durchzuführen.

2. Ausbau des Überweisungswesens.
(Giralverkehr.)

Deutschland ist im bargeldlosen Zahlungsverkehr **rückständig.** In **England** hat sich der Scheckverkehr weitestgehend eingebürgert. In **Amerika** lernen die Kinder in der Volksschule bereits, wie man einen Scheck ausfüllt. Wir fordern **großzügigen Ausbau** des Überweisungswesens, insbesondere der Giroabteilungen der Reichsbank und der Postscheckämter und **Loslösung** des Überweisungswesens **von dem übrigen Kreditbankwesen.** Wir fordern weitestgehenden **strafrechtlichen Schutz des bargeldlosen** Zahlungsverkehrs, wie er bereits im Ausland besteht, so daß derjenige, der Auszahlungsaufträge (Schecks) oder Überweisungsaufträge der Postscheckämter oder der Reichsbank-Girostellen an den Empfänger der Zahlung oder seinen Vertreter aushändigt, streng bestraft wird, wenn für den Auftrag auf dem Konto **kein verfügbares Guthaben** vorhanden ist. Desgleichen ist die **Vordatierung** von Schecks oder Überweisungsaufträgen unter Strafe zu stellen.

Fernerhin ist dem **Postscheck** ein handliches **Taschenformat** zu geben.

Der Ausbau des Überweisungswesens wird zur **Behebung der Zahlungsmittelknappheit** beitragen und außerdem wird die **Konzentration aller** in der Volkswirtschaft vorhandenen Gelder, die in England weitestgehend durchgeführt ist, und auf der nicht zuletzt die hervorragende **Stellung des Londoner Geldmarktes** beruht, auch in Deutschland die

Kreditbasis zur Arbeitsbeschaffung vergrößern. Außerdem ermöglicht der Ausbau des Überweisungsverkehrs eine größere volkswirtschaftliche **Übersicht** und eine **Verbilligung** des Zahlungsverkehrs.

3. Zinssenkung.

Die Zinsleistung hat ihren Sinn verloren, wenn sie den ganzen Ertrag der Produktion schluckt oder gar übersteigt. In letzterem Falle wird die Substanz und werden damit die Arbeitsplätze vernichtet. Die heutigen Zinssätze haben sich in dieser wirtschaftszerstörenden Weise ausgewirkt. Sie stehen erheblich über denen der wirtschaftlichen Blütezeit vor dem Kriege. Dabei ist es selbstverständlich, daß eine gesunde Wirtschaft höhere Zinssätze tragen kann als eine zusammengebrochene.

Eine umfassende staatliche Kontrolle des gesamten Kreditwesens muß diesen Zustand beseitigen und die Zinsen senken, um die Substanz und damit die Arbeitsplätze zu erhalten und zu vermehren.

Der **Einwand**, daß dies unmöglich sei, erledigt sich schon dadurch, daß diese Maßnahme unumgänglich notwendig ist. Zudem hat auch die Regierung Brüning schon eine, wenn auch völlig ungenügende Zinssenkung vorgenommen, ohne daß die vom Finanzkapital an die Wand gemalten Folgen eingetreten wären. Wird der Zins nicht erniedrigt, so kommt die Produktion vollends zum Erliegen, der Zinsendienst hört von selbst auf, das unter schweren Opfern seit der Inflation wieder gebildete Sparkapital geht verloren und Volk und Staat versinken im Chaos.

H. Verwaltungs- und Steuermaßnahmen

1. Preiskontrolle.

Lohn, Gehalt und freies Einkommen sind Anweisung auf einen ganz bestimmten Anteil am Ertrag der nationalen Produktion. Die Größe dieses Anteils wird bestimmt einerseits durch die Höhne des Lohnes, Gehaltes oder freien Einkommens, andererseits durch den Preis der Güter. Wird der Preis für ein Gut durch kartellmäßige Bindungen oder Ausnützung einer anders gearteten Monopolstellung über den gerechten Preis (Produktionskosten plus angemessener Gewinn) hinaus erhöht, so wird dem Käufer ein ungerechtfertigt großer Teil seines Anteils an der nationalen Produktion genommen. Dieser Zustand ist stets sozial ungerecht und wirtschaftlich gefährlich.

Die staatliche Preiskontrolle hat dafür zu sorgen, daß grobes Ab-

weichen vom gerechten Preis hintangehalten wird (Kunstdüngerpreise, Salzpreise, Radioröhrenpreise usw.).

Einwand: Es liegt hier ein verderblicher Eingriff des Staates vor.

Widerlegung: Die Wirtschaft hat es in der Hand, durch eine anständige Preispolitik diesen Eingriff unnötig zu machen. Zudem darf die Freiheit der schöpferischen Arbeit nicht verwechselt werden mit der Freiheit, die Zwangslage anderer rücksichtslos ausnützen zu dürfen.

2. Vermeidung überflüssiger Ausgaben.

Um Mittel für die Arbeitsbeschaffung freizubekommen, muß in der öffentlichen Wirtschaft ebenso wie in der Privatwirtschaft äußerste Sparsamkeit Platz greifen.

Beseitigung der Parteibuchbeamten, die gar nichts für die Gesamtheit geleistet und nur die öffentlichen Mittel verzehrt haben.

Vereinfachung der Verwaltung unter Berücksichtigung der wohlerworbenen Rechte des Berufsbeamtentums.

Repräsentationsausgaben müssen radikal abgedrosselt werden. Darunter fällt auch die Beschränkung des Aufwands für Dienstautomobile usw. Solange die Städte nicht ausreichend für ihre Wohlfahrtsunterstützten sorgen können, haben sie keinen Pfennig für Festlichkeiten auszugeben.

Auch in der **privaten Wirtschaft** müssen alle überflüssigen Ausgaben in Wegfall kommen. **Aufsichtsratstantiemen** werden überhaupt nicht mehr bezahlt.

3. Belastung der starken Schultern.

Niemand wird glauben, daß die Arbeitsbeschaffung ohne Opfer durchzuführen ist. Aber die Opfer, die für die Arbeitsbeschaffung gebracht werden, sind nicht sinn- und zwecklos wie alle jene Belastungen, die heute dem schaffenden Volke auferlegt werden. Heute sind alle Opfer nur ein Ausdruck und Beweis der Tatsache, daß die Wirtschaft im Zusammenbruch ist und weiter zusammenbricht. Die Opfer für die Arbeitsbeschaffung werden aus dem Zusammenbruch herausführen und die Befreiung bringen. Wir werden dafür sorgen, daß die Opfer, die verlangt werden müssen, tatsächlich dem schaffenden Volke zugute kommen. (Vgl. Abschnitt D 3: Die Lohnabzüge der Eigenheimsiedler dienen nicht der Bereicherung von Kapitalisten, sondern zur Bildung von Eigentum für den Arbeiter selbst. Ebenso dienen die dort genannten Staatszuschüsse dazu, dem Arbeiter den Erwerb von Eigentum zu erleichtern, bzw. die Durchführung von Meliorationen zu ermöglichen, die im Interesse der Gesamtwirtschaft und für die Sicherstellung der Ernährung unseres Volkes nötig sind.) Außerdem werden wir aber dafür sorgen, daß nicht mehr ausgerechnet von den Ärmsten und Bedürftigsten die schwersten Opfer verlangt werden. Opfern sollen für die Dauer unserer Notzeit zuerst die, die am ehesten noch dazu in der Lage sind:

Die hohen Einkommen über 500 RM. monatlich müssen eine Sonderabgabe für Arbeitsbeschaffung zahlen.

Der hohe Aufwand über 15 000 RM. jährlich wird mit einer entsprechend hohen Steuer belegt.

Für die öffentlichen Beamten wird ein **Höchstgehalt** von 12 000 RM. jährlich festgelegt. (Keine Änderung der Besoldungsordnung, die Gehaltsansprüche über 12 000 RM. **ruhen** lediglich während der Dauer der heutigen Notzeit.) Die Gehälter in der privaten Wirtschaft sind den Beamtengehältern anzugleichen unter billiger Berücksichtigung der Tatsache, daß die Privatbeamten und -angestellten nicht pensionsberechtigt und in ihrer Stellung weniger gesichert sind.

Die Auswüchse des **Doppelverdienertums** müssen rücksichtslos unterbunden werden.

4. Unterbindung von Korruptionserscheinungen.

Beamte dürfen in keiner Weise an Unternehmungen beteiligt oder interessiert sein, zu denen ihre Behörde in Geschäftsbeziehungen steht.

Ärzte dürfen in keiner Weise an chemischen Fabriken und sonstigen Unternehmungen beteiligt oder interessiert sein, die Medikamente oder Heilmittel herstellen. Auch dürfen sie von solchen Unternehmungen keinerlei Bezüge erhalten.

Todesstrafe für Schieber und Wucherer (Parteiprogramm Punkt 18).

I. Landwirtschaft

1. Die heutige Lage.

Die Landwirtschaft erhält für ihre Erzeugnisse, die sie infolge der ausländischen Konkurrenz sogar unter ihren Gestehungskosten kaum abzusetzen vermag, nur einen Bruchteil dessen, was die Verbraucher in den Städten dafür bezahlen müssen.

Ein weiteres Grundübel deutscher Bauernnot liegt vor allem in Auseinanderklaffen der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Industriewaren gegenüber der Vorkriegszeit. (Sogenannte Preisschere: Agrarindex 91,9, Index industrieller Fertigwaren 118,2.)

Zerstörte Kaufkraft, unerträgliche Zins- und Steuerlasten führten zu einer katastrophalen Verschuldung der Landwirtschaft, die heute etwa 15 Milliarden beträgt, und zehrten das Betriebskapital auf. Die Landwirtschaft kann heute weder Steuern, Zinsen noch Schuldtilgungsquoten bezahlen, noch ist sie infolge des fehlenden Betriebskapitals in verschiedenen Gegenden Deutschlands überhaupt in der Lage, die Felder zu bestellen und die Ernte einzubringen.

Folge: Weitere Verelendung des Bauernstandes, verminderte Kaufkraft, Vermehrung des Arbeitslosenheeres und Verminderung der Ernährungsbasis des deutschen Volkes.

2. Falsche Wirtschaftspolitik.

Der Bedarf unseres Volkes an Nahrung wird heute nur zu ¾ durch eigene Arbeit auf eigenem Grund und Boden befriedigt. Das fehlende Viertel unseres Nahrungsbedarfs kann infolge der verminderten Kaufkraft und der beschränkten Exportmöglichkeiten nur zum Teil aus dem Auslande eingeführt werden. Das deutsche Volk hungert, hungert lediglich infolge der falschen Wirtschaftspolitik des heutigen Systems. (Unwirksamer Schutz gegenüber ausländischen Produkten, Preisdruck auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, Zins- und Steuerbolschewismus, Duldung und Unterstützung eines übersetzten Zwischenhandels, der sich in den Inflationsjahren breitgemacht hat.)

3. Richtige Wirtschaftspolitik.

Unsere Wirtschaftspolitik muß darauf gerichtet sein, die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen. Feststeht, daß unser eigener Grund und Boden bei entsprechender Verbesserung z. B. Meliorationen (siehe Abschnitt C), die Möglichkeit bietet, unseren gesamten Nahrungsbedarf hervorzubringen. Die völlige Ausnutzung des deutschen Bodens würde die Kaufkraft der Landbevölkerung (ein Drittel der Gesamtbevölkerung) stärken, mehr als einer Million Arbeitslosen unmittelbar Beschäftigung verschaffen, weiter etwa einer Million Industriearbeitern und Handwerkern Arbeit geben, Arbeitslosenunterstützung ersparen, die Steuerkraft erhöhen, überhaupt eine erhöhte Beschäftigung der anderen Wirtschaftszweige und eine entsprechende Gesundung der deutschen Wirtschaft mit sich bringen.

4. Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden?

1. Hebung des landwirtschaftlichen Preisstandes durch Drosselung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse — die Einfuhr kann aus jenen Staaten eingeschränkt werden, die uns keine entsprechende Ausfuhr abnehmen —, Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Agrar- und Industrie-Index, ohne Erhöhung der Einzelhandelspreise.
2. Ausschaltung ungerechtfertigter (wucherischer) Verdienstspannen des Zwischenhandels.
3. Herabsetzung der Preise für Kunstdünger.
4. Herabsetzung der Zinslasten auf etwa die Hälfte des bisherigen Zinses.
5. Umschuldung und Umwandlung von langfristigen Kündigungsdarlehen in Amortisationsdarlehen.
6. Vollstreckungsschutz, Aufhebung des gesetzlichen Pfandrechtes an

landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Aussetzung der Zins- und Tilgungszahlungen bis zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit.

7. Zurverfügungsstellung von etwa 250 Millionen Meliorationskredit und von etwa 80 Millionen für den evtl. Bau von Getreidespeichern.

8. Zurverfügungstellung eines Betriebskredites bis zu einer Milliarde Reichsmark an die Landwirtschaft, insbesondere für die Erntefinanzierung. (Siehe Abschnitt E 2.)

5. Die Ostsiedlung.

Aus bevölkerungspolitischen und nationalen Gründen ist eine beschleunigte Durchführung einer gesunden Ostsiedlung notwendig.

Ziel: Schaffung selbständiger bäuerlicher Existenzen im bedrohten Osten.

Vorbedingung: Grundlegende Besserung der Lage der Landwirtschaft überhaupt, mehrjährige Steuerfreiheit für die Siedler, billigste Kredite und Schaffung günstiger Märkte durch Verbesserung und Verbilligung der Verkehrsmittel.

K. Industrie

1. Genehmigungspflicht für Neuerstellung industrieller Produktions-Anlagen.

Wie in Abschnitt B 5 ausgeführt, ist der Produktionsapparat der deutschen Industrie nicht nur auf die Absatzmöglichkeiten in Deutschland, sondern weit darüber hinaus auf Exportmöglichkeiten eingestellt, die zum größten Teil wohl früher bestanden, heute aber infolge der Industrialisierung zahlreicher Staaten und der Schutzmaßnahmen der alten und neuen Industrieländer verloren gegangen sind. Wir leiden also an einer Aufblähung des industriellen Produktionsapparates und an einer zu geringen Entwicklung unserer Landwirtschaft. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß neugebildete Kapitalien nicht in der industriellen, sondern in der landwirtschaftlichen Produktion angelegt werden. Die Neuerstellung industrieller Produktionsanlagen muß genehmigungspflichtig gemacht werden. Die Genehmigung wird nur beim Vorliegen besonderer Gründe erteilt werden (z. B. für Erstellung von Werken, die Rohstoffeinfuhr entbehrlich machen).

2. Verstaatlichung und Staatsaufsicht.

Monopole, die nicht aufgelöst werden können, müssen sofort in unmittelbare staatliche Verwaltung genommen, d. h. verstaatlich werden.

Ein Monopol kann vom Staat ebenso gut verwaltet werden, wie von der Privatwirtschaft. Die staatliche Verwaltung garantiert aber, daß die Gewinne der Allgemeinheit zugute kommen und nicht dem Finanzkapital.

Die **Aktiengesellschaften** müssen unter Staatsaufsicht gestellt werden, die Regelung erfolgt in ähnlicher Form wie bei der Bankenkontrolle (vergl. Abschnitt G 1).

Einwand: Jeder Staatseingriff an der Wirtschaft ist schädlich.

Widerlegung: Diese Staatseingriffe sind im Gegenteil notwendig, um die Wirtschaft vor den schwersten Schädigungen durch finanzkapitalistische Interessen zu bewahren. Die Eingriffe des Staates sind nur dadurch in Verruf gekommen, daß unter dem Einfluß der marxistischen Parteien der Staat fast immer nur **an der falschen Stelle** eingegriffen hat. Während die Monopole, die der Staat viel besser verwaltet als die Privatwirtschaft, von den Marxisten an das Finanzkapital ausgeliefert wurden (die frühere staatliche Deutsche Reichsbahn durch Dawes- und Youngabkommen, Auslieferung des Zündholzmonopols an den großkapitalistischen Schwindler Kreuger durch den sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding), sind in den Gemeinden unzählige überflüssige Regiebetriebe aufgezogen worden, die nur dem Handwerk und Gewerbe Konkurrenz machen und viel teurer und schlechter arbeiten als die Privatwirtschaft.

3. Erleichterte Finanzierungsmöglichkeiten.

Es wird unter allen Umständen sichergestellt werden, daß Betriebe, die Aufträge haben, auch den notwendigen Kredit zur Ausführung dieser Aufträge zur Verfügung gestellt bekommen. Im übrigen ist hier auf den Abschnitt E 2 zu verweisen.

L. Handwerk, Gewerbe und Einzelhandel

1. Die heutige Lage.

Die beiden großen wirtschaftspolitischen Sünden des Systems, der Diebstahl am deutschen Volksvermögen, begangen durch die Inflation, und der Diebstahl am deutschen Sachvermögen, begangen durch die Politik der Enteignungssteuern in den Jahren nach der Inflation, haben am schärfsten und vernichtendsten den selbständigen Mittelstand grtroffen und große Teile dieses Mittelstandes proletarisiert. Ziel der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die Entproletarisierung des deutschen Arbeiters. Um so mehr muß eine aktive Mittelstandspolitik

betrieben werden, um die Proletarisierung weiterer Volksteile zu verhindern. Der Mittelstand wird von oben her angegriffen durch das Finanzkapital, das zwar Riesenkonzernen 100-Millionen-Kredite zu günstigen Bedingungen zur Finanzierung zweifelhafter Transaktionen zur Verfügung stellt, das aber dem mittelständischen Handwerker, Gewerbetreibenden und Einzelhändler Kredite nur in geringem Umfange und zu unerträglichen Zinsen gewährt. Außerdem seitens der Warenhäuser, Filialriesen und Einheitspreisgeschäfte. Von unten her wird der Mittelstand angegriffen vom Marxismus, und zwar **direkt** mit Hilfe der roten Konsumvereine und **indirekt** auf dem Wege der Gesetzgebung (Förderung der öffentlichen Regiebetriebe).

2. Warenhäuser und Konsumvereine.

Sofortige Hilfe ist nötig. Neue Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Filialläden dürfen nicht eröffnet werden. Die Neuorganisation des gesamten Warenhauswesens im Sinn des nationalsozialistischen Parteiprogramms ist unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die steuerliche Bevorzugung aller Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine) ist zu beseitigen.

3. Genossenschaften.

Alle Genossenschaften, die der Erhaltung des selbständigen Mittelstandes dienen, sind zu schützen und zu fördern. Genossenschaften, die den Bestand des selbständigen Mittelstandes gefährden, sind dagegen mit steuerlichen und anderen Mitteln energisch zu bekämpfen.

4. Regiebetriebe.

Alle Regiebetriebe der öffentlichen Hand sind auf das Maß des unumgänglich Notwendigen zurückzuführen. Die Hereinnahme von Privataufträgen ist solchen Betrieben mit sofortiger Wirkung zu untersagen, soweit nicht ganz erhebliche öffentliche Interessen ausnahmsweise eine andere Regelung erfordern. (Die übrigen Hilfsmaßnahmen siehe unter Zinssenkung, Bankenkontrolle usw.)

5. Vergebungswesen.

Das Vergebungswesen ist unter Ausschaltung des wirtschaftsschädlichen Systems des geringsten Gebots neu zu organisieren und muß gemäß Punkt 16 des Parteiprogramms stärkste Berücksichtigung des Kleingewerbetreibenden bei der Vergebung öffentlicher Aufträge gewährleisten.

Einwand und Widerlegung.

Der marxistische Einwand, daß man die Proletarisierung des selbständigen Mittelstandes im Interesse der beschleunigten Herbeiführung

des marxistischen Zukunftsstaates fördern müsse, widerspricht gerade dem Interesse des deutschen Arbeiters. Nicht Proletarisierung des besitzenden Mittelstandes, sondern Entproletarisierung des deutschen Arbeiters und Besitzschaffung für den deutschen Arbeiter muß das Ziel sein.

M. Soziale Frage

1. Recht auf Arbeit.

Die Grundlage für die Lösung der sozialen Frage ist die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, das nur durch unsere Arbeitsbeschaffungsaktion hergestellt werden kann. **In einem Gesetz der Arbeit** werden die Rechte des Arbeiters niedergelegt. Die Freiheit der schaffenden Arbeit soll dadurch hergestellt, die Freiheit der kapitalistischen Ausbeutung beseitigt werden.

2. Die vorhandenen Arbeitsplätze müssen den deutschen Volksgenossen vorbehalten werden.

Wenn wir das Recht auf Arbeit für unsere Volksgenossen verwirklichen wollen, müssen wir verhindern, daß ihnen Nichtdeutsche den Arbeitsplatz wegnehmen. Gemäß Punkt 7 und 8 unseres Parteiprogramms ist der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Staatsbürger aber kann nur sein, wer Volksgenosse ist (Punkt 4).

In Verfolg dieses Grundsatzes muß auch dafür gesorgt werden, daß bei allen Arbeiten **deutschem Material der Vorzug vor ausländischem Material** gegeben wird, soweit es irgend möglich ist. Bei öffentlichen Arbeiten ist dieser Grundsatz ohne weiteres durchzuführen. Die Privatwirtschaft kann ebenfalls dazu veranlaßt werden, z. B. dadurch, daß bei der Vergebung öffentlicher Aufträge solche Firmen ausgeschlossen werden, die durch ungerechtfertigte Bevorzugung ausländischen Materials Anlaß zu wiederholten Beschwerden geben.

3. Sozialversicherung.

Der Nationalsozialismus wird alles tun, um die Sozialversicherung aufrecht zu erhalten, die durch das herrschende System in den Zusammenbruch getrieben worden ist. Das einzige Mittel zur Rettung der Sozialversicherung ist die Arbeitsbeschaffung.

4. Altersversorgung.

Die Durchführung des Programmpunktes 15: „Wir fordern den großzügigen Ausbau der Altersversorgung" ist sofort vorzubereiten.

Die Auszahlung neuer Renten kann natürlich erst erfolgen, wenn die Neuversicherten eine Reihe von Jahren Beiträge geleistet haben. Die Aufrechterhaltung der Leistungen der Invaliden- und Knappschaftsversicherung ist unbedingt sicherzustellen.

5. Gewinnbeteiligung

Die Zinssenkung (Abschnitt G 3), Preiskontrolle (Abschnitt H 1), Staatsaufsicht über die Aktiengesellschaften (Abschnitt K 2), das Gesetz der Arbeit (Abschnitt M 1), die steuerlichen Maßnahmen (Abschnitt H 3) und die Sparmaßnahmen (Abschnitt H 2) bürgen dafür, daß alle Erträge in erster Linie der Belebung der deutschen Wirtschaft und der Arbeitsbeschaffung dienstbar gemacht werden. Sobald die deutsche Wirtschaft durch die Arbeitsbeschaffung wieder in den Stand gesetzt ist, nennenswerte Gewinne abzuwerfen, wird die Zeit zu einer umfassenden Regelung der Gewinnbeteiligung gekommen sein.

6. Arbeitsdienst.

Der Arbeitsdienst ist nicht eine Zwangsarbeit für Erwerbslose, vielmehr werden alle jungen deutschen Männer einer bestimmten Altersklasse zum Arbeitsdienst eingezogen, um Arbeiten auszuführen, die für die Belebung der gesamten deutschen Wirtschaft notwendig sind und auf dem normalen Wege nicht durchgeführt werden können. (Die Arbeitsdienstpflichtigen werden also den Arbeitern, die in Tariflohn stehen, keinerlei Konkurrenz machen.) Es wird keinerlei Befreiungen und Ausnahmen für Akademiker und Besitzende geben, jeder wird die Schaufel in die Hand nehmen und in gleicher Weise der Nation durch seine Arbeit dienen. Die Achtung und das Ansehen des Handarbeiters sollen dadurch in der gleichen Weise gesteigert werden, wie das Ansehen des Soldaten durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gesteigert worden ist.

Lies Bücher über den **Nationalsozialismus!**

Mein Kampf. Von Adolf Hitler. Das Werk des nationalsozialistischen Parteiführers. Gesamtauflage über 160 Tausend. Ungekürzte Volksausgabe. 800 S. Ganzl. M. 7.20.

Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. Von Alfred Rosenberg, M. d. R. 80 Seiten . . . . . Broschiert M. 1.—

Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Von Gottfried Feder, M. d. R. 144 Seiten . . . . . Kartoniert M. 1.20

Das Programm der N. S. D. A. P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken. Von Gottfried Feder, M. d. R. 64 Seiten . . . . . Kartoniert M. —.50

Verlag Frz. Eher Nachf., G. m. b. H., München 2. NO